

daß dazu auch Vertrautheit mit den Bedingungen des Parteikampfes und Eingewöhnung in seine Formen, erprobte persönliche Zuverlässigkeit und Charakterfestigkeit, und schließlich völlige Einordnung in die Reihen der kämpfenden gehört — kurz, daß sie, die „akademisch gebildeten“, alles in allem weit mehr von den Arbeitern zu lernen haben, als diese von ihnen.

London, 7. September 1890.

Sozialpolitische Rundschau. Deutsches Reich.

Nationalliberaler Schriftstellerstand zeigt sich in der charakteristischen Besprechung der neuesten Debatsarbeit im „Leipz. Tageblatt“. Dasselbe schreibt: „Herr Bebel hat eine 184 Seiten starke Schrift: „Zur Lage der Arbeiter in den Bäckereien“ herausgegeben. Es handelt sich offenbar um die Ergebnisse der seiner Zeit von Bebel veranstalteten Bäcker-Enquete. Was in der Schrift enthalten ist, kann man sich denken. Herrn Bebel's Grundfrage ist, die Menschen unter allen Umständen unzufrieden zu machen, und er scheut, um dieses Ziel zu erreichen, vor nichts zurück.“ Billiger und einfacher kann man sich das Bäckerei-besprechen schon nicht mehr machen. Selbst das sonst bei dieser Beschäftigung geübte Aufschreien der ersten Begegnung, erpart man sich auf diesem Wege zu können, erspart man sich auf diesem Wege auch eine Enttäuschung der vielen in diesem Buche enthaltenen unangenehmen Tatsachen ist man auch überhoben. Dabei ist das „Leipziger Tageblatt“ das Organ der „besseren Stände“ einer Stadt, die sich auf ihre Intelligenz gar viel zu Gute thut. Und da ärgern sich nach diese Gelehrten, wenn wir vom Durchgange der Intelligenz im deutschen Bürgerthum sprechen.

Das „Leipziger Tagebl.“ schreibt: „Die sozialdemokratische Agitation hat sich jetzt wieder ein neues oder doch seit längerer Zeit zurückgetretenes Ziel vorgesetzt, nämlich die Bekämpfung des Massenanstreites aus der Landesflucht.“ Uns ist nur daran, daß eine, wie gerade die letzten Wochen beweisen haben, einflusslose Gruppe der Berliner Parteigenossen, sich mit diesem Plane beschäftigt. Daß die Partei als solche oder einflussreiche Personen in derselben diese Absichten billigen, weiß außer der „Leipziger Lant.“ Niemand. Wir betrachten die Religion als Privatangelegenheit und werden diesen Standpunkt auch stets in unseren Spalten vertreten. Wir wissen, daß die alten Religionen seit Jahrhunderten in einem unaufhaltsamen Zerfallsprozesse begriffen sind. Denselben haben in allererster Linie die großen Philosophen und Kritiker befördert, welche vom Liberalismus als die Väter ihrer Doktrin in den Himmel gehoben wurden. Daß es viele Absichten in unseren Reihen giebt, ist Thatsache, doch ein nicht geringerer Prozentsatz befindet sich in den Reihen der Liberalen. Unsere Absichten unterscheiden sich von den liberalen meist dadurch, daß sie so eifrig sind, die Konsequenz aus ihrer Ueberzeugung zu ziehen und aus der Kirche auszuweichen, während viele liberale Absichten in die Kirchen und Synagogen gehen, der lieben Frau, Schwiegermutter oder ihrer Vorgesezten wegen, oder auch weil ein zu beehrender Verwandter es gerne sieht. Dies der Unterschied, der unseren Absichten sicherlich nicht zur Unrecht gereicht. Aber der Atheismus als solcher hat mit unserer Partei, die eine ökonomische und politische, nicht aber eine religiöse oder irreligiöse ist, gar nichts zu schaffen.

Ein prächtiges Zugeständnis entschlüpft dem „Leipz. Tageblatt“ in einer Besprechung der aufständischen Streike, wenn es sagt, das Interesse der Arbeiter sei identisch mit der Freiheit der Arbeiter. Wie haben wir etwas anderes behauptet; das, was als Freiheit der Arbeiter von den Unternehmern und ihren literarischen und wissenschaftlichen Helfershelfern gepriesen wird, fällt zusammen mit dem Interesse der Unternehmer, die Arbeiter zu willkürlichen Geschöpfen herabzubringen, sie unbeschränkt zu knebeln, um dadurch die Arbeiter mit den niedrigsten Löhnen abspießen und den Unternehmern die Millionen in die Tasche zu packen zu können. Die „Freiheit der Arbeiter“, die die Unternehmer preisen, ist etwas ganz anderes, als die, welche wir meinen. Die Freiheit der Arbeiter im Unternehmerrinne besteht in der Vereinzelung des Arbeiters, in seiner Vornahme von seinen Gewerks- und Klaffengenossen, in der Erschwerung ihrer Organisationsmittel und in der Vereitelung jedes erfolgversprechenden Widerstandes gegen die von der Seite der Unternehmer geplanten Altentate auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse. Die Freiheit, die wir für die Arbeiter verlangen, ist die Freiheit, sich ungehindert zu organisieren und für ihre politischen und ökonomischen Interessen ebenso ungestört einzutreten zu dürfen wie die Unternehmer. Welche von diesen beiden Freiheiten Freiheit, welche Sklaverei ist, überlassen wir nicht der Entscheidung der Gelehrten vom „Leipz. Tageblatt“, sondern dem gefunden Sinne unserer Arbeiter.

Im Hamburger Fachverein der Maurer sollen nach einer Angabe des „Dresdner Anzeiger“ die wir darauf nicht kontrollieren können, 1100 M. unterschlagen worden sein. Dazu bemerkt das Publikationsorgan des Igl. Polizeibereichs: „Die 1100 M. sind einwillen weg, aber die Sache kann noch recht amäsan werden und ausgiebige Blide hinter die Kaulissen zulassen, hinter denen die Herren Führer der Arbeiter agieren.“ Dazu gehört ein hübsches Stück Unverschämtheit, einen tätigen, von dem edlen Blatte selbst noch nicht

als erwiesenen betrachten Fall, gegen eine Partei ausbreiten zu wollen, von der man weiß, daß Hunderttausende Mark Parteigelder von den ärmsten Proletariern in musterhafter Weise verwaltet wurden. Was würde das würdige Organ von uns sagen, wenn wir die berühmte Unterschlagung des Leipziger Staatsanwaltes Scanziga der ultramontanen Partei, die geniale Geldmanipulationen der berühmten Staatsanwälte, des Polizeikommissars Paul den Polizeibeamten zur Last legen würden! Die Herren von der Partei des „Dresdner Anzeigers“ haben vor den Thüren des Reichstags den Schmutz wegzufegen, während keine Partei so rein dasteht, vor allem was die Verwaltung der Parteigelder betrifft, als die Sozialdemokratie. Freilich darin sind und die Kartellmänner über, die Winkelmann, Jerusalem und Paul hätten lumpige 1100 Mark stets verachtet!

Eine unerhörte, für unser Volk tief beschämende Nachricht läßt die Londoner „Times“ aus unseren ostafrikanischen Schutzgebieten berichten. Dieselbe lautet nach der „Voss. Zig.“: Aus Ostafrika trifft die überraschende Nachricht hier ein, daß der stellvertretende deutsche Reichskommissar in Bagamoyo eine Kundmachung erließ, welche daselbst, wie in der Nachbarstadt den ungeheuerlichen Verkauf und Ankauf von Sklaven gestattet. Nur die Sklavenausfuhr über das Meer ist verboten. Die Araber dürfen auch entlaufene Sklaven wieder einsaugen, Unter den Arabern in Bagamoyo herrscht darüber große Freude. Die Sklaven eines jüngst verstorbenen arabischen Sklavenhändlers wurden in Bagamoyo unter Aufsicht von deutschen Beamten öffentlich versteigert. Die Araber glauben fest, die deutsche Verwaltung habe gegen den Sklavenhandel und die Sklavenshaltung nichts einzuwenden. — Wenn darin unsere Kulturmission in Afrika besteht, den Sklavenhandel zu stören, ihn unter unsere Kontrolle zu nehmen, dann können wir ruhig darauf verzichten noch ein jähliches Volk genannt zu werden. Ein Schrei der Entrüstung muß durch ganz Deutschland gehen, wenn sich die Nachricht bemächtigt, damit wir beweisen, daß das deutsche Volk den barbarischen Standpunkt seiner Regierung nicht theilt.

Die neue Art und Weise, wie Reichskommissar Wismann bei seinen Besuchen in Bremen und Hamburg Geld für kolonialpolitische Zwecke häufig zu machen gewohnt hat, kann, wie die „Voss. Zig.“ schreibt, im Interesse der Steuerzahler nur gebilligt werden. Er hat sich an die vielen Kolonialvereine und an die bei dem überseeischen Handel vorwiegend beteiligten Industrie großer Geschäftshäuser gewendet. Die 150,000 Mark für sein Lieblingsprojekt, für einen Dampfer auf dem Viktori-Nyanza-See, sind belamäntlich auf diese Weise schon gesammelt. So bleibt das Volk, welches wenig Interesse an dergleichen Unternehmungen hat, verschont, und die Herren Kolonialvereine kommen endlich einmal in die Lage, ihre Begehrung in die That umsetzen zu können. Daß sie ein gewaltiges Aufsehen wegen ihrer „Opfer“ machen, schadet nicht; Reichskommissar Wismann kommt schon wieder mit neuen Wünschen, die unsern Kolonialpolitikern zeigen, daß es mit den erkmalligen Beiträgen durchaus nicht gethan ist. Major von Wismann wünscht auch noch je einen Dampfer für den Tanganjika- und den Nyassa-See. Der Patriotismus und der Opfermuth unserer Kolonialfreunde muß sich also noch in größerem Maßstabe bewähren. Der Reichskommissar hat ihnen ja auch in seiner Bremer Rede ein kleines Zugeständnis gemacht. Er hat, anerkennend mit scharfer Ueberzeugung, wie national-liberale Blätter betonen, die Worte gebraucht, daß durch die Dampfschiffahrt auf den Seen in Ostafrika „Vieles verdrängt, Vieles wieder ins Geleise gebracht werde, was, wie die Allgemeinheit glaubt, durch unsere letzten Verträge geschädigt worden ist.“ Ein Pfaffen auf die Wunde der kolonialpolitischen Fronte, welche vergeblich gegen den Vertrag mit England opponiert hat, freilich auch eine Anerkennung, die sich im Munde eines Vertreters der vertragschließenden Regierung etwas selten ausnimmt.

Zu der auch von uns gebrachten, seither amtlich dokumentirten Mitteilung, daß im Kreise Kynohil der Hungertypus herrsche, bemerkt der „Reichsbote“ auf den Einwand der „Freis. Zig.“, daß die Wirthschaftspolitik der Regierung solche Zustände verschulde, begunehmend: „Renner der dortigen Gegend behauptet, es sei lächerlich, einen etwaigen Hungertypus in dortiger Gegend mit mangelndem Fleischgenuss in Verbindung zu bringen, da die Masse der Bevölkerung dort auch früher so gut wie kein Fleisch gegessen habe, sondern sich immer fast ausschließlich von Kartoffeln und Schnaps genährt habe.“ — Nun, damit sagt der „Reichsbote“ nichts Neues, Renner der dortigen Gegend wußten schon lange, daß die große Mehrzahl der Bewohner Oberösterreichs Fleisch nur den Namen nach kennen.

Seit die Regierung davon Abstand genommen hat, das Sozialkenngezet zu verhängen, ist es wunderbar, wie die Organe der Kartellpartei jetzt darin weitest, nachträglich darzutun, daß das Sozialkenngezet das denkbar schlechteste und verdrückteste Gezet gewesen ist. Wir wären früher, schreibt die „Freis. Zig.“, schon zufrieden gewesen, wenn von dieser Seite auch nur der zehnte Theil des jetzigen Ueberflüssigen Eifers in der Bekämpfung des Sozialkenngezetes von den Kartellpartei entwickelt

worden wäre. Das freikonservative „Deutsche Wochenblatt“ führt jetzt gegen das Sozialkenngezet noch ganz besonders an, daß dasselbe im Widerspruch gestanden habe mit der allgemeinen Wehrpflicht. Es sei auf die Dauer ein heillos und unheilbarer Widerspruch, eine große Schicht der Bevölkerung als revolutionärdächtig zu behandeln, und sie gleichzeitig durch Unterwerfung im Waffenhandwerk für ihr angebliches Vorkommen als Beste vorzubereiten. Das Sozialkenngezet würde die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und die Einführung einer fremden Soldatentruppe im Solde der Regierung zur schließlichen Konsequenz und damit eigentlich zur Voraussetzung haben.

Wie wir dem sächsischen „Vaterland“ entnehmen, findet am 18. Oktober in Karlsruhe in Baden ein deutscher konservativer Parteitag statt. Wir sind begierig, welcher von den beiden gleichzeitig stattfindenden Parteitagen, dem konservativen und dem unserer Partei, mehr Interesse auf sich lenken wird.

Parteinachrichten. In Hannover erscheint vom 1. Oktober ab ein neues Parteiorgan: „Der Volkswort“, welcher vom Abg. Durm redigirt wird.

Parteipresse. Die im Verlage von A. Wed in Offenburg erscheinende Zeitung „Südwestdeutsches Volksblatt“ wird vom 1. Oktober ab dem Haupttitel „Volkstreu“ angenommen. In der Erscheinungsweise des Blattes wird nichts geändert.

Berichtigt. Von einer Kandidatur des sozialistischen Landtagsabg. Wagner aus den Bürgermeisterei in Apolda ist nach dem „Apoldaer Tageblatt“ dort gar nicht die Rede.

Was alles in unseren Kasernen vorkommen kann, mögen die Lobredner des Militärs aus den folgenden Mittheilung ersehen, welche die „Berl. Zig.“ bringt:

Ein geradezu bestialisches Verbrechen ist am Abend des 8. d. M. in der Alexanderkaserne am Sieckhaus in einem fünfzehnjährigen Mädchen verübt worden. Dort lebte ein bekanntlich zur Zeit das aus Anlaß der Kravalle am Friedrichshain nach Berlin beordertes 52. Infanterieregiment, und der Verbrechen von Jostbergs, welche ihrer beim Regiment dienenden Angehörigen besuchen, ist ein sehr reger. An jenem Abend, es war am Mittwoch, kam nun das junge Mädchen nach der bezeichneten Kaserne und fragte nach einem ihr bekannten Soldaten, die Besucherin zu dem Soldaten hinzubringen. Als sie auf die betreffende Stube kam, woselbst eine größere Anzahl Soldaten lag, vollzog sich eine Scene, die zu schidern sich die Feder sträubt. Das arme Mädchen wurde von den Soldaten überfallen und so lange vergewaltigt, bis es bewusstlos liegen blieb. Aus Furcht vor Strafe und aus nachträglichen Entsetzen über die That wagte es zunächst keiner der Soldaten, die Ohnmächtige herauszubringen, auch hätte dies, ohne Aufsehen zu erregen, nicht geschehen können. Am nächsten Morgen aber mußte dem Feldwebel du jour Meldung gemacht werden und die Unglückliche, die noch immer bewusstlos war, wurde nun mittelst herbeigeholten Krankentragens nach der Charité befördert.

Eine derartige brutale Schändlichkeit also, welche zu charakterisieren kein Ausdrud stark genug ist, eine solche verheerliche That in einer Kaserne begangen worden, in einer Kaserne, die als „Berliner Kolonie“ und „Erziehungsanstalt“, in welcher angeblich den jungen Männern die höchsten Tugenden eingeprägt werden. Wenn man so in den Parlamenten die Herren Offiziere vom Regierungstisch mit der größten Begeisterung schildern hört, wie wunderbar alles beim Militär eingerichtet ist, wie das Militärlieben die bessere Schule für die Söhne des Volkes ist, deren Ehegattin hier gebildet wird und welche davon dauernde moralische Vortheile für ihr ganzes weiteres Leben haben, wenn alles das schon auseinandergelegt wird, so gehen dem patriotischen Publikum die Augen über vor nationaler Nahrung, und dankbaren Herzen preisen sie die Segnungen unserer unübertrefflichen Arme-Einrichtungen. Wer sich aber die Sache etwas mehr aus der Nähe angesehen hat, nicht als Offizier, der auf dem Kasernenhofe einherstolz, seine „erzieherische“ Aufgabe erfüllt, indem er mit Großheiter gegen die „bummen Polakten“ um sich wirft, und der dann im luxuriös eingerichteten Kasino seine Standeskörnung pflegt, sondern als gemeiner Soldat, der an sich selbst und an seinen Kameraden täglich die Probe auf die Verzagtheit dieser Erziehungsmethode machen kann, der denkt doch etwas anders darüber. Wo soll denn das männliche „Ehegattin“ bleiben, wenn immer und immer nur der lumpige Kadavergehorsam, auch dem offenbaren Unrecht gegenüber, verlangt wird? Und wo soll der junge Mann Gelegenheiten haben, sich irgendwie weiter zu bilden, wenn tagaus tagein ununterbrochen alle die Kleinigkeiten des Gamaschendienstes auf ihm lasten, und wenn die geliebteste Frucht des Kasernenlebens ihm jede Freiheit der Bewegung nimmt? Und das Kasernenleben überhaupt, auch wo es nicht dienstlich überwiegt — welche Rede, welche Fülle von Verletzungen jeder feineren Empfindung! Jeder einigermaßen einsichtige Kadavoge wird es beklagen, daß das System der

Internats, das Kasernenleben höchst bedenkliche Seiten hat, und daß die Gefahren dieses Systems um so größer werden, je strenger die Justiz gehandhabt wird. Es ist ja wohl zur Genüge bekannt, was für furchtbare Zustände in den Kadettenanstalten und ähnlichen Kasernen-Erziehungsanstalten herrschen, bei denen auf eine straffe Hausordnung und auf möglichste Abschließung der Abtheilung von der Außenwelt fälliger Weise ein so großer Nachdruck gelegt wird. Ebensoviele, wird es hier für die Kinder erzieherisch ist, mit vielen ihres gleichen zusammengebracht zu werden, ist das Mäntel von 20 Jahren dienlich. Es ist nur natürlich, daß die Bewohner von Kasernen an Joten und gemeinen Redensarten so viel Gefallen finden, und ebenso natürlich ist es, daß es nicht bei den gemeinen Redensarten bleibt, sondern daß man gelegentlich auch zu Handlungen übergeht. Wir sind gewiß nicht zimperlich, wir gebären nicht zum „Mäntelband zur Bekämpfung der Unsitlichkeit“ und wir sind weit entfernt davon, den Geschlechtsverkehr unfällig zu nennen, wie das die Frommen thun; aber wir haben auch kein Interesse daran, die Sache zu verschleiern, daß durch das Kasernenleben der Geschlechtsverkehr in gefährliche Bahnen gelenkt wird. Wer das Leben in der Kaserne kennt, weiß, in welchem Maße dort von gewissen Dingen gesprochen wird, und was für Anspielungen und Witze unfehlbar gemacht werden, wenn sich einmal ein weibliches Wesen blicken läßt. Die Folgen dieser Erziehung kann man an dem oben mitgetheilten Falle sehen, wo sich ein Haufe von Soldaten mit viehischer Brutalität auf ein zufällig dahergekommenes Mädchen, fast noch ein Kind, stürzt, um ohne Rücksicht auf das arme Wesen oder auch nur auf die drohende Strafe die Willkür zu betreiben. Und da ist unter der ganzen Rotte nicht ein einziger gewesen, der Bestimmung und Energie genug besaßen hätte, um dem wahnwichtigen Treiben Einhalt zu thun. Solche Verbrechen pflegen sonst von Einzelnen ausgeführt zu werden; bei einer solchen Massenbetheiligung dürfte eine derartige That anderswo nicht möglich sein. Die schändlichen Behauptungen von dem veredelnden Einflusse des Militärliebens wird man an diesem Vorkommnis auf ihren wahren Werth prüfen können. An ihren Früchten wird man auch diese Erziehung erkennen. — Und was sagen denn nun die friedlichen Bürger, welche eben durch diesen jetzt so traurig berühmt gewordenen Truppenebel vor den bösen Arbeitern geschützt werden sollten?

Ein Bürgermeister im Weimarschen verbot eine sozialdemokratische Versammlung, weil er keine Zeit hatte dieselbe zu überwachen.

Die Einfuhr lebender österreichischer Schweine ist nunmehr auch nach Jütich freigegeben worden.

Auch der Königsberger Magistrat hat entsprechend den bezüglichen Beschlüssen der dortigen Stadtverordnetenversammlung einstimmig die Aufhebung einer Petition an das Ministerium um Aufhebung des Schweineeinfuhrverbotes beschlossen.

Die Einfuhr von italienischen Schweinen ist, wie die „Straßburger Korrespondenz“ meldet, durch Verfügung des Unterstaatssekretärs von Schrant bis auf Weiteres in das Schlachthaus von Wülhausen I. E. gestatt worden.

Kasatt. Eine Brutalität sonder Gleichen ist am 9. d. M. hier von einem Lieutenant des hiesigen Regiments, Namens Brandenburg, verübt worden und zwar an dessen Burshen, dem Musikanten Gottschalk. Als Gottschalk, wie dem „Dad. Landeshote“ mitgetheilt wird, etwas verspätet nach Hause kam, erhielt er von dem Lieutenant mit dem Seitengewehr einen Stoß in den Hals und einen Hieb auf den linken Kopf, der eine 7 Centimeter lange Wunde hinterließ. Der Lieutenant sah aber auch jetzt noch nicht ein, daß er sich eines schweren Vergehens schuldig gemacht, sondern insulirte die dem Burshen zu Hilfe eilenden Leute. Der schwerverletzte Musikant wurde in das Lazareth verbracht.

Etraßburg. Der katholische „Wasser“ berichtet über eine Unterredung eines Wülhauser Korrespondenten mit dem Reichstagsabgeordneten Hidel über die Pläne der Sozialisten im Oberelb. Demnach soll die Partei bei den nächsten Wahlen auch den vom Stadtparrer Winterer von Wülhausen vertretenen Wahlkreis Altitz-Elbann für sich in Anspruch nehmen. Ferner wird beabsichtigt, in Wülhausen eine „Wahl-Vorbereitung“ heranzubringen. Bei den nächsten Gemeindevorwahlen, welche 1891 stattfinden werden, wollen die Sozialisten 12 von den 36 Sitzen für sich gewinnen. Das Urtel auf die notwendigen Lebensmittel soll aufgehoben, dagegen eine höhere Besteuerung der Luxusgegenstände eingeführt werden. Das Besondere soll sein: „Wir sind lange genug von den Fabrikanten ausgebeutet worden, an uns ist nun die Reihe, sie ebenfalls auszubehuten.“

Osterreich.

Wien. Der „Polit. Korresp.“ zufolge hat sich die österreichisch-ungarische Regierung bereit erklärt, an der von der italienischen Regierung vorgeschlagenen, in Rom abzuhaltenden internationalen Sanitätskonferenz Theilzunehmen.

Die hiesigen Genossen haben auf den 23. September 1890 nach Leitz, Oberstthal, eine Landesversammlung der Tyroler und Vorarlberger Arbeiter einberufen, mit der Tagesordnung: 1. Allgemeines über Arbeiterbewegung; 2. Organisation in politischer Hinsicht; 3. Die Parteipresse; 4. Gewerkschaftswesen; 5. Freie Vorträge. Wir haben